



ÖDP Stadtratsgruppe, Nikolsburger Str. 4a, 85055 Ingolstadt

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Christian Scharpf

Datum 04.03.2021

Telefon (0179) 2 17 28 30

Telefax

E-Mail raimund@tyroller-koestler.de

Gremium	Sitzung am
Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Wirtschaft und Arbeit	04.05.2021
Stadtrat	11.05.2021

**Mehr Aufmerksamkeit für den Mobilfunk
-Antrag der ÖDP-Stadtratsgruppe vom 04.03.2021-**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die ÖDP-Stadtratsgruppe hat im April 2018 einen umfangreicheren Antrag zur neuen Mobilfunkgeneration 5G gestellt und darin im Kern eine Wiederbelebung des „Runden Tisches Mobilfunk“ gefordert. Der Antrag wurde damals angenommen, dann verwaltungsseitig auf einen jährlichen Statusbericht „abgespeckt“ und entsprechend im Dezember 2019 dem Stadtrat zur Kenntnis gegeben. Seither wurde dann auch dieser zugesagte jährliche Statusbericht „vergessen“.

Die ÖDP-Stadtratsgruppe findet, dass der Mobilfunk mehr an Aufmerksamkeit verdient hat und stellt daher nun diesen Antrag:

1. Der „Runde Tisch Mobilfunk“ wird nun doch wiederbelebt. Es erfolgt ein zumindest einmal jährlicher Austausch zwischen Stadt (Verwaltung, Stadtrat) und den Netzbetreibern über die gegenwärtige Situation des Mobilfunks sowie über angedachte Ausbauschritte.
2. Für die Koordination des Informationsaustausches am Runden Tisch sowie für die Kommunikation auch mit Bürgern benannt die Stadt Ingolstadt einen Mobilfunkbeauftragten.
3. Der Stadtrat erhält künftig zuverlässig einmal jährlich einen Statusbericht über die Entwicklung des Mobilfunks in Ingolstadt.

Inbetriebnahmen neuer Mobilfunkanlagen sowie Stellungnahmen zu Netzausbauplanung und Suchkreisanzeigen sowohl von Verwaltung als auch von den Netzbetreibern sind jeweils aktuell dem Stadtrat und betroffenen Bezirksausschüssen zur Kenntnis zu geben.

Für den ersten Statusbericht bitten wir bereits jetzt diese Fragen mit vorzumerken:

- Wie viele Makrosendeanlagen haben wir derzeit in Ingolstadt, wie viele sollen noch mit dem Aufbau des 5G-Netzes hinzukommen?
- Wie viele der Sendeanlagen stehen auf städtischen Liegenschaften?
- In welchem Umfang nutzen in Ingolstadt die Netzbetreiber aktives und passives Infrastruktur-Sharing?
- Inwieweit versucht die Stadt Ingolstadt auf Infrastruktur-Sharing der Netzbetreiber Einfluss zu nehmen?
- Wo und in welchem Umfang werden in Ingolstadt Richtfunkstrecken betrieben? Gibt es hier Anlagen-Sharing?
- Vom früheren Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz stammt die Aussage, in der Umgebung von Einrichtungen wie Kindergärten, Schulen und Krankenhäusern sollten Sendeanlagen tabu sein. – Hieran hat sich der Netzausbau in Ingolstadt über lange Jahre orientiert. Inwieweit gilt dies auch heute noch in Ingolstadt?
- Wie nutzt die Stadt Ingolstadt ihr Mitspracherecht bei der Standortsuche für neue Sendeanlagen? Greift die Stadt Ingolstadt im Bedarfsfall auf externe Sachverständige zurück, um bei einer Standortsuche in einem Suchkreis mögliche Risiken zu minimieren und bestmögliche Lösungen zu finden?

Begründung

Das Datenvolumen beim Mobilfunk verdoppelt sich in etwa alle zwei Jahre und der Aufbau der 5G-Netze ist in vollem Gange. Beides zusammen erfordert einen weiteren Ausbau der Mobilfunk-Infrastruktur. Hinzu kommt, dass mit 5G ein viel engmaschigeres Netz an Basisstationen erforderlich wird, dass neben den bekannten Makrosendeanlagen vermehrt Mikrozellen zum Einsatz kommen werden. Ob nun neue Sendeanlagen, höhere und bislang nicht genutzte Frequenzen oder eine andere Strahlungsverteilung gesundheitliche Effekte bei Menschen, Tier oder Pflanzen auslösen, kann derzeit definitiv nicht seriös beantwortet werden. Daher gehört der weitere Netzausbau auch auf kommunaler Ebene kritisch begleitet.

Hinzu kommt, dass die Glaubwürdigkeit der wissenschaftlichen Forschung im Mobilfunkbereich schwer gelitten hat, nachdem mit Prof. Dr. Alexander Lerchl der wohl wichtigste Mobilfunkberater der Bundesregierung nach 12 Jahren Rechtsstreitigkeiten nun im Dezember 2020 seine immer wieder vertretenen Fälschungsbehauptungen gegen die REFLEX-Studie (u.a. „Zunahme von DNA-Strangbrüchen“) zurücknehmen musste, ausgerechnet aber ihm und nicht unabhängigen Wissenschaftlern vom Bundesamt für Strahlenschutz der Auftrag zur Erforschung der Auswirkungen von 5G auf menschliche Zellen übertragen wurde.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Raimund Köstler
Stadtrat

gez. Fred Over
Stadtrat